



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

### IX. Legislaturperiode

**Sitzung Nr. 14** vom 31. Oktober 2005

**Ort:** Kronenmattsaal

**Dauer:** 19.30 bis 21.40 Uhr

---

**Leitung:** M. Metz

**Anwesend:** 36 Mitglieder

**Abwesend:** M. Bolleter, A. Braun, U. Kunz, S. Rysler

**Protokollgenehmigung:** Das Protokoll der 13. Sitzung vom 26. September 2005 wird genehmigt.

Präsident:

Protokoll:

Markus Metz

Brigitte Christen

**Mitteilungen des Präsidenten Markus Metz:** keine

*Gemeinderätin H. Ernst* orientiert über die Situation im Tagesheim nach dem Brand letzten Sommer. Für die 24 Kinder und ihre Betreuer/innen wurde glücklicherweise sofort eine neue Unterkunft im ehemaligen Kindergarten am Schafmattweg gefunden. Es hat sich herausgestellt, dass das beschädigte Tagesheim saniert werden kann. Der Schaden ist von der Versicherung vollumfänglich gedeckt. Bevor die Sanierung nun in Angriff genommen wird, liess der Gemeinderat vom zuständigen Architekten überprüfen, ob die betrieblichen Abläufe noch verbessert werden könnten. Die Sanierung sollte bis spätestens Ende Jahr abgeschlossen sein.

**Neu eingereichte persönliche Vorstösse :**

- Postulat CVP-Fraktion vom 31.10.2005: Einführung einer freiwilligen Tagesschule in Binningen (Gesch. Nr. 89)
- Anfrage von S. Brenneisen, SP, vom 28.10.2005: Benützung des neu gestalteten Dorfplatzes (Gesch. Nr. 85), vgl. Traktandum "Diverses".

Der Vorstoss wird dem Gemeinderat zur Bearbeitung weitergeleitet.

**Traktandenliste:**

	<b>Gesch. Nr.</b>
1. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.8.2005: <b>Leistungsauftrag 5 Bildung</b>	<b>75</b>
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.10.2005: <b>Teilaufhebung Teilzonenplan Nr. 2 Schafmatten / Gorenmatten und Mutation in die Wohn- und Geschäftszone WG 3</b>	<b>82</b>
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.5.2005 und Bericht der Bau- und Planungskommission vom 20.10.2005: <b>Ortsplanungsrevision: Erweiterung des Auftrags und Erteilung eines Zusatzkredits von CHF 300'000.—</b>	<b>60</b>
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.10.2005: <b>Mobilier und EDV-Ausrüstung Gemeindebibliothek</b>	<b>80</b>
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.10.2005: <b>Informatik an der Primarschule, Investitionsausgabe von CHF 150'600.—</b>	<b>81</b>
6. <b>Diverses</b>	

**Traktandum 1****Geschäft Nr. 75**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.8.2005:

**Leistungsauftrag 5 Bildung**Eintreten:

**SP:** *F. Dietiker* stellt fest, dass diesem Thema grosse Bedeutung zukommt. Wirtschaftsstudien belegen, dass Investitionen in die Bildung die höchsten Staatsrenditen aufweisen. Zum vorliegenden Leistungsauftrag (LA): Der Einwohnerrat hat kaum Einflussmöglichkeiten. Die Kompetenz liegt beim Schulrat. Weil Personal- und Sachaufwand ausgewiesen werden, besteht die Gefahr, dass versucht wird, den Input zu steuern. Der Fraktion ist es ein Anliegen, dass heute Abend jedoch über den Inhalt diskutiert wird und keine Budget-Debatte stattfindet.

**CVP:** *H. Senn:* Dieser Leistungsauftrag weist die höchsten Ausgaben auf. Die Produkte sind klar und knapp beschrieben. Eine Frage stellt sich lediglich beim Produkt Sekundarschule: Zuständig ist der Kanton. Binningen erbringt gewisse freiwillige Leistungen sowie einige Abgeltungen im Rahmen des Finanzausgleichs. Dazu hätte die Fraktion gerne noch vor der Budgetdebatte Auskunft, wie sich die Nettokosten im Detail zusammensetzen. Dem LA wird die Fraktion zustimmen.

**Grüne/ EVP:** *M. Schmidli:* Im Bereich Bildung sind kantonale Vorgaben massgebend; für die strategischen Zielsetzungen sind die Schulräte zuständig. Das Parlament kann jedoch Einfluss nehmen, dass eine zweckmässige, moderne Infrastruktur zur Verfügung steht und damit z. B. sozialpädagogische Begleitung und spezielle Förderung möglich sind. Hier darf nicht gespart werden.

**SVP:** *U. Rediger:* Bildung ist ein zentrales Thema. Dennoch darf nicht alles in dieses "Fass" geleert werden. Der Fraktion ist es wichtig, dass mit den bereit gestellten Mitteln letztlich die entsprechende Qualität und die gezielte Förderung der Kinder erreicht werden.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *M. Joset:* Vom Bildungsgesetz, welches seit zwei Jahren in Kraft ist, wurde inzwischen einiges umgesetzt, anderes bleibt noch zu tun. Die Schulräte haben die Funktion einer vorberatenden Kommission, welche das Schulprogramm, Lager, spezielle Förderung usw. festlegt. Es stehen weitere grosse Herausforderungen bevor, wie beispielsweise die Koordination unter den angrenzenden Kantonen oder die Angleichung von Lehrmitteln.

Detailberatung:

**SVP:** *U. Schaub:* Seine Fraktion stellt fest, dass im Globalbudget, Seite 5, im Bereich Sekundarschulen erhebliche Mehrausgaben ausgewiesen sind; bei der Erwachsenenbildung sind diese zudem gleich hoch wie die Minderausgaben im Bereich Kindergarten/Primarschule, nämlich 16'000 Franken. Ist dies Zufall oder Absicht?

*Gemeinderat M. Joset* erläutert, dass die Primarschule nächstes Jahr zwei Klassen weniger führen wird. Bei den Sekundarschulen wurden die Zahlen aufgrund der letztjährigen Erfahrungswerte errechnet. Die landrätliche Finanzkommission hat aktuell einen Vorentscheid gefällt; gewisse Korrekturen sind vorgenommen worden, welche die Gemeinden stärker entlasten sollen. Der Landrat wird Anfang Dezember darüber beschliessen. Wenn die Übernahme der Sekundarschule durch den Kanton definitiv ist, wird mit jeder Gemeinde einzeln verhandelt. In diesem Zusammenhang werden die Vollkosten genau erfasst werden.

**SP:** *G. Köhler* meldet sich zu Seite 13, zu Pt. 5.3, Kostenbeteiligung der Eltern an die Musikschule, zu Wort: Gemäss Standard sollen die Elternbeiträge mindestens 30 % betragen. Er stellt den Antrag, dass diese Prozentzahl auf 25 % reduziert wird, analog den Gemeinden Allschwil und Muttenz. Besuchen mehrere Kinder die Musikschule, so summiert sich das zu einem ansehnlichen Betrag. Ausserdem sollten die Beiträge nicht jährlich schwanken.

**FDP:** *M. Ziegler* erwähnt, dass die GRPK nach eingehender Debatte 30 % beschlossen hat. Es erscheint sinnvoll, dass die Eltern einen Drittel mittragen. Wenn alle Beiträge und Tarife mit anderen Gemeinden verglichen werden müssten, wäre der Aufwand gross. Auch lässt er das Argument, der Beitrag unterliege Schwankungen, nicht gelten. Er lehnt den Antrag ab.

*Gemeinderat M. Joset* merkt an, dass der Gemeinderat ursprünglich die Zahl analog Kanton, nämlich maximal 33,3 % und keinen Minimal Prozentsatz, vorgeschlagen hatte.

**Grüne/EVP:** *R. Bänziger* vertritt die Ansicht, dass ein Drittel oder 2000 Franken jährlich ein grosser Betrag für Eltern bedeutet. Sie unterstützt den Antrag Köhler. Bekanntlich dient Musikunterricht auch der Suchtprävention. Im Allgemeinen es die FDP-Fraktion, welche jeweils Vergleiche mit anderen Gemeinden fordert. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb dies in konkreten Fall nicht möglich sein soll.

**:::** **Der Antrag Köhler, Festsetzung des Elternbeitrags an die Musikschule auf 25 %, wird mit 23 zu 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.**

**SP:** *F. Dietiker* erkundigt sich, ob auf Seite 14 der zweite Satz betreffend Personalaufwand zutrifft, wonach auch für die Musikschule eine kantonale Klassenbildungsvorgabe besteht oder ob es sich um ein Versehen handelt.

*Gemeinderat M. Joset* bestätigt, dass für die Musikschule kein Klassenbildungsplan besteht. Es gibt lediglich ein Mindestangebot zu erfüllen. Der erste Teil des zweiten Satzes ist zu streichen und beginnt wie folgt: "Die Entlohnung der Lehrkräfte erfolgt .... "

**SVP:** *U. Schaub* bemerkt zum Personalaufwand sowohl auf Seite 9 bei Primarschule/Kindergarten als auch auf Seite 14: Das Verhältnis von 8.35 Mio. für erstere und 2.54 für die Musikschule ist doch eklatant. An diesem Beispiel zeigen sich deutlich die Auswirkungen vom neuen Bildungsgesetz.

Einstimmig wird beschlossen:

**:::** **Der Einwohnerrat beschliesst den Leistungsauftrag 5 Bildung im Grundsatz.**

## Traktandum 2

Geschäft Nr. 82

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.10.2005:

### **Teilaufhebung Teilzonenplan Nr. 2 Schafmatten / Gorenmatten und Mutation in die Wohn- und Geschäftszone WG 3**

Eintreten:

**CVP:** *M. Martig* hält fest, dass seine Fraktion den gemeinderätlichen Anträgen zustimmen wird. Sie begrüsst, dass weiterer günstiger Wohnraum für Familien geschaffen wird. Jedenfalls wird davon ausgegangen, dass das Grundstück zu einem vernünftigen Preis verkauft wird. Offensichtlich nimmt der Gemeinderat seine Legislaturziele ernst und setzt sie um.

**EVP/Grüne:** *U. von Bidder* erwähnt, dass vor rund 40 Jahren Pläne bestanden, auf diesen Parzellen die ref. Kirche zu errichten. Die nun beabsichtigte Nutzung mit Alters- bzw. günstigen Familienwohnungen ist positiv. Zudem bleibt der beliebte Spielplatz erhalten. Seine Fraktion unterstützt das

Vorhaben und hofft, dass ökologische Überlegungen, sowohl in baulicher, energietechnischer wie gestalterischer Hinsicht einfließen werden.

**SVP:** *M. Trautwein* gibt bekannt, dass auch seine Fraktion die Anträge unterstützt. Bedauerlich ist, dass der Park und der Spielplatz verschwinden werden. Er möchte erfahren, wo die dort untergebrachten Asylanten zukünftig wohnen werden. Immerhin ist es möglich, dass die Gesuche wieder ansteigen werden. Nach Auffassung seiner Fraktion macht es wenig Sinn, günstige Unterkünfte aufzuheben und anderswo teure neue Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Antwort vom Gemeinderat möchte er überdies, ob in diesem Zusammenhang Wohnungen gekündigt werden müssen. Wie viele Asylanten können am jetzigen Standort maximal untergebracht werden? Und wie hoch sind die Kosten, ausgehend von einer Vollbelegung, wenn Ersatzwohnraum gefunden werden muss?

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *A. Schuler* antwortet, dass maximal 20 Personen am Schafmattweg untergebracht werden können. Seit Anfang Jahr leben dort noch 10 Personen. Die Organisation, welche die Asyl Suchenden unterbringt und Miete bezahlt, versuchte die restlichen Plätze zu belegen, was nicht gelang. Der Mietvertrag wurde für diesen Hausteil inzwischen gekündigt. Die Zahlen sind rückläufig und es müssen keine anderen Unterkünfte gefunden werden, weil genügend Möglichkeiten vorhanden sind. Die Kostenfrage stellt sich somit nicht. Die meisten Personen mit Asylstatus wohnen ohnehin nicht in Kollektivunterkünften.

*Gemeinderätin A. Mati* bestätigt, dass die Mehrzahl dezentral untergebracht ist. Eine Prognose, ob die Asylgesuche zu- oder abnehmen werden, ist verständlicherweise kaum möglich.

Detailberatung: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:**   **2.1. Für die Parzellen 1452 und 1456 wird der Teilzonenplan Nr. 2 Gorenmatten / Schafmatten aufgehoben.**
- 2.2. Die Parzellen 1452 und 1456 werden in die Zone WG 3 aufgenommen.**

### Traktandum 3

Geschäft Nr. 60

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.5.2005 und Bericht der Bau- und Planungskommission vom 20.10.2005:

**Ortsplanungsrevision: Erweiterung des Auftrags und Erteilung eines Zusatzkredits von CHF 300'000.—**

*BPK-Präsident M. Trautwein:* Was den Stellenwert der Zukunftskonferenz anbelangt, welche den bürgerlichen Fraktionen nicht sehr ausgewogen erschien, hat Gemeinderätin Schuler Bedenken ausgeräumt. Die an der Konferenz geäußerten Aussagen nimmt der Gemeinderat offenbar als Anregungen entgegen. Klar ging aus der Kommissionsdiskussion hervor, dass der Einwohnerrat frühzeitig in die Planung einbezogen werden soll. Deshalb stellt die BPK den Antrag, dass die Räumliche Entwicklungsstrategie (RES) und das Räumliche Entwicklungskonzept (REK) dem Einwohnerrat im August 2006 nicht nur zur Kenntnis, sondern zur Genehmigung unterbreitet werden sollen.

*Präsident M. Metz* wendet ein, dass der Antrag 2 der BPK nicht mit der Kompetenzordnung des Gemeinderats konform ist. Betreffend RES und REK ist klar der Gemeinderat zuständig. Und An-

trag 3 entspricht nicht der Geschäftsordnung des Einwohnerrats. Der Entscheid, ob ein Geschäft einer Kommission überwiesen wird, liegt beim Büro. Allerdings ist es ohnehin dessen Absicht, wichtige Geschäfte vorgängig vermehrt an Kommissionen zu übergeben. Somit ist der dritte Antrag obsolet. Denkbar ist, dass der Antrag 2 nicht als Auftrag, sondern als Bitte formuliert wird.

#### Eintreten:

**FDP:** *G. Metz:* Aus dem Bericht der BPK sowie aus dem beigelegten Grobterminplan wird klar ersichtlich, dass es bei diesem Geschäft um ein zweistufiges Verfahren geht. Das Parlament wird demnach voraussichtlich im August 2006 darüber beraten können. Im Anschluss daran wird die technische Revision, beinhaltend Zonenplan, Reglement, Strassennetzplan, stattfinden. Ob der Einwohnerrat die Strategie und das Konzept nur zur Kenntnis nehmen oder genehmigen kann, ist aus seiner Sicht sekundär. Wichtig ist, dass der Gemeinderat die Haltung des Einwohnerrats kennt. Die Fraktion wird die Anträge der BPK unterstützen.

**CVP:** *A. Achermann* schliesst sich der Meinung des Vorredners an. Wesentlich ist, dass in einer frühen Phase eine politische Diskussion zu Strategie und Konzept stattfindet. Selbstverständlich soll die eigene Geschäftsordnung respektiert werden. Es ist jedoch auch seiner Fraktion ein Anliegen, dass das komplexe Geschäft von der BPK vorberaten wird. Der Zusatzkredit wird gutgeheissen, damit das Projekt vorangetrieben und hoffentlich bis Ende dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden kann.

**Grüne/EVP:** *R. Bänziger* erscheint es wichtig, dass zur Strategie auch die Öffentlichkeit einbezogen wird, bevor die eigentliche Planung beginnt. Der vom Gemeinderat eingeschlagene Weg soll zügig weiter verfolgt werden. Dem notwendigen Kredit wird ihre Fraktion zustimmen.

**SP:** *T. Rehmann* äussert ihre persönliche Meinung, dass Geschäfte an den Einwohnerrat grundsätzlich so detailliert vorgelegt werden, dass sie im Rat behandelt werden können und dieser über eine Überweisung an eine Kommission entscheiden kann. Die Anträge wird ihre Fraktion genehmigen.

**SVP:** *F. Gerber* betont, dass es seine Fraktion vorzieht und schätzt, wenn der Gemeinderat die Raumentwicklungsstrategie und das -konzept dem Einwohnerrat zur Genehmigung unterbreitet. Deshalb werden die BPK-Anträge unterstützt. Ideal wäre gewesen, wenn sich das Parlament bereits zu den Leitsätzen und Schlüsselzielen hätte äussern können.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *A. Schuler* zeigt kurz das weitere Vorgehen auf: Der Grobterminplan ist straff und ehrgeizig. Die Fachgruppe Ortsplanung wird ihre Tätigkeit mit der Verwaltung wieder aufnehmen. Planungsschritte und Entwürfe werden mit der Bevölkerung und Betroffenen diskutiert. Als Nächstes wird der Gemeinderat den Planungsauftrag neu vergeben, ebenso jenen für die Konzeptarbeit. RES und REK werden dann in Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Ortsplanungsrevision erarbeitet, dann dem Gemeinderat vorgelegt, anschliessend der BPK unterbreitet. Schliesslich soll das Konzept auch der Öffentlichkeit vorgestellt werden, bevor das Geschäft im August 2006 dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Die Ergebniskonferenz, an welcher die Ideen aus der Zukunftskonferenz präsentiert werden, ist für Januar geplant.

*BPK-Präsident M. Trautwein* betont, dass nicht relevant ist, wer das Geschäft der BPK überweist; vom Ablauf her wäre es wünschenswert, dass es von dieser Kommission vorberaten werden könnte. Betreffend Antrag 2 ist es ihm ein grosses Anliegen, dass der Einwohnerrat nicht erst abschliessend Kenntnis nehmen kann, wenn keine Einflussnahme mehr möglich ist. Aus dem Votum von A. Schuler geht hervor, dass der Gemeinderat diesem Wunsch entsprechen will.

#### Detailberatung: entfällt

*Präsident M. Metz* eröffnet, dass nachdem der Gemeinderat zu Antrag 2 keine Einwände erhoben hat, er über den unveränderten Antrag, wie ihn die BPK formulierte, abstimmen lässt.

Einstimmig wird beschlossen:

**://: 3.1. Der Antrag des Gemeinderats "Für die Ergänzung des Auftrags zur Ortsplanungsrevision von CHF 300'000.— wird ein Zusatzkredit zu Lasten des Kontos Nr. 790.581.01 bewilligt." wird gutgeheissen.**

**SP:** *F. Dietiker* stellt den Antrag, über beide Varianten abstimmen zu lassen, zum einen mit Kenntnisnahme, zum andern mit Genehmigung.

*Präsident M. Metz* gibt dem Antrag *Dietiker* statt.

Mit 28 Ja zu 8 Stimmen wird beschlossen:

**://: 3.2. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Räumliche Entwicklungsstrategie (RES) und das Räumliche Entwicklungskonzept für die Bereiche Siedlung, Verkehr und Landschaftsplanung (REK) dem Einwohnerrat zum gegebenen Zeitpunkt zur Genehmigung zu unterbreiten.**

#### Traktandum 4

Geschäft Nr. 80

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.10.2005:

#### **Mobilier und EDV-Ausrüstung Gemeindebibliothek**

##### Eintreten:

**FDP:** *A. Emmerth:* Die Notwendigkeit von neuem Mobiliar sowie Hard- und Software am neuen Standort ist unbestritten. Hingegen ist ihre Fraktion nicht überzeugt, dass es ein 60'000 Franken teures Sicherungssystem braucht; denn auch damit sind Diebstähle nicht völlig zu verhindern. In grossen Bibliotheken mag dies sinnvoll sein; allerdings verfügen nicht einmal die Universitätsbibliothek und grössere Fakultäten über ein Sicherungssystem. Die angebliche Zeitersparnis für das Personal bei Herausgabe und Entgegennahme von CDs überzeugt nicht. Zudem ist nicht mit einer massiven Erhöhung der Bibliotheksbenützer/innen zu rechnen, auch wenn sie nun EDV-mässig besser ausgerüstet sein wird. Die Benützung der Bibliothek durch Schulklassen wird ausserhalb der üblichen Öffnungszeiten stattfinden und von den Lehrpersonen begleitet. Die Schulbibliotheken der Primarschulen sind beizubehalten, welche einen guten Teil der Bedürfnisse abdecken. Die Fraktion beantragt, den Kredit ohne Sicherungssystem, d. h. 140'000 Franken zu bewilligen.

**SP:** *B. Jost* hält fest, dass ihre Fraktion den Kredit ohne Einschränkung bewilligen wird. Besonders positiv ist der zusätzliche Raum z. B. für Lesungen, welcher hoffentlich auch privat gemietet werden kann. Ihres Erachtens werden mehr Schüler/innen die neue Bibliothek benützen. Die Schulbibliotheken sind aufgehoben worden. In den Schulzimmern ist das Angebot minimal und bietet keine DVD und CDs.

**Grüne/EVP:** *B. Gürler:* Das Projekt ist ausgereift und weitsichtig geplant und wird die Bedürfnisse der Benützenden und Bibliotheksmitarbeitenden abdecken. Die Fraktion begrüsst den zusätzlichen

Raum, welcher der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen wird. Das Verhältnis von Kosten / Nutzen stimmt. Der beantragte Kredit inkl. Sicherungssystem wird bewilligt. Ihre Fraktion stört sich an der Namensgebung "Holeepark". Sie ist unzutreffend, und von einem Park kann bei dieser Überbauung nun wirklich nicht die Rede sein. Es stellt sich die Frage, ob die Gemeinde diesen Namen übernehmen muss. Sie wünscht die Beibehaltung des Namens Heyer-Areal.

**SVP:** *C. Meier:* Vermisst werden detaillierte Angaben in Pt. 5 zum Bereich EDV. Auch wird diese Anschaffung aufgrund intensiver Wartung hoffentlich nicht zu höheren Personalkosten führen. Der Antrag der FDP, das Sicherungssystem zu streichen, wird befürwortet, immerhin macht dies einen Drittel der Gesamtkosten aus. Die übrigen Ausgaben für eine moderne Bibliothek werden genehmigt. Auch im Zeitalter von Internet hat eine solche ihre Funktion.

**CVP:** *M. Martig* befürwortet im Namen seiner Fraktion die neue Bibliothek. Der Preis für das Sicherungssystem ist zwar hoch. In Anbetracht, dass dadurch die Mitarbeitenden von einer umständlichen Arbeit entlastet werden und die Lagerung der CDs in einem Möbel entfällt, sind die Kosten gerechtfertigt.

**FDP:** *M. Ziegler* möchte vom Gemeinderat erfahren, weshalb die Chance nicht genutzt wurde, um bei dieser Gelegenheit die Ludothek in die neue Bibliothek zu integrieren.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *M. Joset* weist darauf hin, dass vor zwei Jahren mit dem Budget der Gemeindebeitrag erhöht worden ist, und zwar für Bücheranschaffung und angemessenere Löhne. In diesem Zusammenhang wurde auch eine neue Struktur geschaffen, d. h. mit einem Vorstand und einer Geschäftsleitung. Festzuhalten ist, dass die Primarschulhäuser über keine Standbibliothek verfügen und nur rund 30 Bücher pro Klasse vorhanden sind. Es ist zweifellos kostengünstiger, die Schulbibliothek zentral in die neuen Räumlichkeiten zu integrieren als eine in jedem Primarschulhaus einzurichten. Erfreulicherweise ist eine Zunahme an jugendlichen Benutzerinnen und Benutzern feststellbar. Die neue Bibliothek wird attraktiver und bei der Kantonsbibliothek ist übrigens seit der Wiedereröffnung vor wenigen Monaten eine Zuwachsrate von 30 % zu verzeichnen. Zum Sicherungssystem: Es dient nicht primär gegen Diebstahl, sondern beinhaltet Chips, welche die ausgewählten Bücher, CDs und DVDs elektronisch registrieren. Die bisherige Erfassung mittels Strichcode kann sukzessive ins das neue System überführt werden, auf Kompatibilität wurde geachtet. Im Preis inbegriffen ist ausserdem, dass die Benutzerkarte aufgrund des modernen Systems in anderen Bibliotheken benutzbar sein wird, analog dem Museumspass.

Zur Ludothek: Im Zusammenhang mit der Vorlage 184 vom 2.12.2003 wurde bereits eine Zusammenlegung in Erwägung gezogen und intensiv diskutiert. Der neue Raum wird mit seinen 350 m<sup>2</sup> der vom Bibliotheksverband als ideal vorgegebenen Grösse entsprechen. Die Ludothek hat derzeit im Familienzentrum 200 m<sup>2</sup> zur Verfügung. Für beide Institutionen wäre der zukünftige Raum demnach zu knapp.

**SP:** *S. Zürcher* äussert Zweifel, ob die Mitglieder des Einwohnerrats in der Lage sind, als Laien das Sicherungssystem kompetent zu beurteilen. Der Gemeinderat hat die Evaluation in Absprache mit den Bibliothekarinnen durchgeführt. Der Betrag mag auf den ersten Blick hoch erscheinen. Umgerechnet pro Buch, CD ist er im Rahmen. In Anbetracht der von M. Joset erläuterten Zukunftsperspektiven ist die Investition sinnvoll. Er plädiert deshalb, dem Kredit vollumfänglich zuzustimmen.

**FDP:** *M. Ziegler* beurteilt das System zwar als raffiniert in seinen Möglichkeiten; er fragt sich, ob Binningen dieses teure Hightech-System braucht. Universitätsbibliotheken als auch die GGG arbeiten immer noch mit Strichcode. Der Gemeinderat hatte wenn schon die nun nachgelieferten Erläuterungen in der Vorlage darlegen müssen.

**SVP:** *C. Meier* ist ebenfalls der Meinung, dass diese wesentlichen Erklärungen in die Detailinformationen gehört hätten. Als Fachmann hätte er diese verstanden und anderen weitergeben können.

Detailberatung: keine Wortmeldungen.

Einstimmig wird beschlossen:

**://: 4.1 Der Einwohnerrat bewilligt zu Lasten von Kto. 942.503.11 eine Investitionsausgabe von CHF 140'000.— zur Möblierung und EDV-Ausstattung der Gemeindebibliothek.**

Mit 18 Ja, 16 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: 4.2 Für ein Sicherungssystem / elektronische Erfassung wird eine Investitionsausgabe von CHF 60'000.— bewilligt.**

## Traktandum 5

Geschäft Nr. 81

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.10.2005:

**Informatik an der Primarschule, Investitionsausgabe von CHF 150'600.—**

### Eintreten:

**SP:** *V Dubi:* Nicht die Kosten, sondern die Frage, ob bereits für die Primarschüler/innen PCs angeschafft werden sollen, führte zu einer Grundsatzdiskussion innerhalb der Fraktion. Es wurde erörtert, ob dies kindgerecht sei und ob dadurch nicht viel von der kindlichen Kreativität verloren gehe; auch ob die Individualisierung des Unterrichts dem Sozialverhalten förderlich sei. Es stellte sich auch die Frage, ob ein umfassendes Gesamtkonzept für PCs an Schulen vorhanden ist. Die positiven Argumente haben jedoch bei der Fraktionsmehrheit überwogen, z. B. dass die Lehrkräfte individueller unterrichten können. Davon profitieren besonders begabte Kinder als auch schwächer begabte. Der PC als Arbeitsinstrument in der Schule ist nicht absolut zwingend, doch gehört er heute in unserer modernen Welt dazu.

**Grüne/EVP:** *M. Schmidli:* Das Rad der Zeit lässt sich nicht mehr zurückdrehen. Der Computer ist nicht ausschliesslich ein Segen; umso wichtiger ist es, dass bereits Schüler/innen den sinnvollen Umgang damit lernen. Die individuelle Förderung soll allen Kindern offen stehen. Insbesondere sollen Mädchen gefördert werden. Sie haben vielfach nicht die gleich unverkrampfte Haltung dem PC gegenüber wie Knaben.

**FDP:** *S. Cron* legt besonderes Gewicht darauf, dass die Einführung von Informatik an der Primarschule im Rahmen eines pädagogischen Konzepts erfolgt und abgestimmt wird auf den Unterricht in der Sekundar- und Realschule. Die Tatsache, dass Binningen mit diesem Schritt eine gewisse Vorreiterrolle übernimmt, führt zu einer Attraktivitätssteigerung. Aus Sicht der FDP kann der PC nicht ignoriert werden. Die Kinder sollen rechtzeitig den vernünftigen Umgang mit diesem Instrument lernen. Die Fraktion genehmigt deshalb den Kredit.

**SVP:** *U. Rediger* räumt ein, dass seine Fraktion ebenfalls gewisse Bedenken hat. Doch bedeutet es auch eine Chance, wenn Kinder bereits in der Unterstufe lernen, mit dem PC umzugehen, vor allem für jene, bei welchen zu Hause kein PC steht. Es stellt sich aber die wesentliche Frage, an Stelle von welchem anderen Fach dieser Unterricht treten wird. Denn das Schulpensum ist bereits ohnehin randvoll. Wichtig ist, wie die Vorrednerinnen erwähnten, dass ein Gesamtkonzept vorhanden ist.

**CVP:** *A. Achermann* nimmt vorweg, dass seine Fraktion die Anträge bejaht. Sie erachtet es als positiv, wenn Kinder schon früh die sinnvolle und kritische Nutzung des Computers lernen. Die Kreativität und das Sozialverhalten müssen darunter keineswegs leiden. Die Attraktivität der Schule wird dadurch erhöht. Die Investitionsausgabe wird gutgeheissen.

**Grüne/EVP:** *R. Bänziger* weist noch darauf hin, dass der Ausdruck Informatik in diesem Kontext nicht das korrekte Wort ist. Vielmehr geht es um computerunterstütztes Lernen und Unterrichten.

Detailberatung:

**FDP:** *M. Ziegler:* Es wurde schon mehrfach im Plenum über Elektrosmog durch Mobilfunkantennen diskutiert. Er möchte vom Gemeinderat erfahren, weshalb er nun bezüglich der 15 Laptops (mit wireless LAN) keine Bedenken wegen der Strahlengefahr hat. Immerhin hat die Exekutive, insbesondere wegen der Schulhäuser, ein Moratorium für Antennen beschlossen.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *M. Joret:* Wie bereits im Zusammenhang mit dem Leistungsauftrag Bildung erwähnt, ist der Schulrat für Neuerungen zuständig, welcher sich während zwei Jahren intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Es handelt sich dabei um ein Hilfsmittel für Unterrichtende. Die Einführung bedeutet kein neues Fach oder dass ein anderes darunter leiden müsste. Der Lehrplan ist kantonal vorgegeben. Gerade im Zusammenhang mit spezieller Förderung von besonders begabten als auch von besonders schwachen Kindern kann er dank spezifischer Lernprogramme hilfreich sein. Zur Frage von M. Ziegler betreffend Strahlung gesteht er ein, dass dieser Aspekt nicht konkret abgeklärt wurde. Auf Wunsch wird er den Sachverhalt noch abklären.

**SP:** *F. Dietiker:* Die Strahlungsintensität von Mobilfunkantennen ist um ein Vielfaches höher als bei Computern und kann keinesfalls verglichen werden.

**SP:** *S. Zürcher:* Nur wenn die Laptops vernetzt geschaltet arbeiten, ist eine geringe Strahlung möglich. Sie werden jedoch vor allem auch einzeln gebraucht, also ohne wireless LAN.

Mit 33 Ja bei 3 Enthaltungen wird beschlossen:

- |  |
|--|
| <p><b>://:</b> 5.1. Für die Einführung der Informatik an den Primarschulen wird eine Investitionsausgabe in der Höhe von CHF 150'600.— (Kto. 210.506.01) bewilligt.</p> <p>5.2. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass die Einführung der Informatik an den Primarschulen in der laufenden Rechnung des Jahres 2006 zusätzliche Kosten in der Höhe von CHF 75'100.— zulasten des Produkts Primarschule generiert.</p> |
|--|

## Diverses

### Beantwortung der Anfrage betr. Benützung des neu gestalteten Dorfplatzes

*Gemeinderätin A. Schuler:*

Frage 1 Wurde mit der Ökogemeinde bereits Kontakt aufgenommen, ob diese ein Interesse daran hat, den Freitagsmarkt auf dem neuen Dorfplatz abzuhalten?

Bis im kommenden Frühling soll die vom Einwohnerrat genehmigte Dorfplatzerweiterung realisiert werden. Die Ökogemeinde wurde noch nicht angefragt.

Frage 2 Falls so ein Gespräch noch nicht stattgefunden hat, gedenkt er dies noch zu tun?

Selbstverständlich steht einem Gespräch mit der Ökogemeinde nichts im Weg. Es ist gut vorstellbar, dass der Wochenmarkt künftig auf der dem erweiterten Dorfplatz stattfinden wird.

Frage 3 Was gedenkt der Gemeinderat in Zukunft zu tun, um den neuen Dorfplatz verstärkt zu nutzen, gibt es in diesem Zusammenhang bereits ein Konzept?

Der Gemeinderat geht davon aus, dass Ende November die Bauinstallationen entfernt werden und dass im Laufe der Wintermonate - gute Witterung vorausgesetzt - der Platz gebaut werden kann. Wie bereits im Zusammenhang mit der Vorlage Nr. 76 im August erwähnt, soll ein Ort zum Verweilen entstehen.

Der Gemeinderat erinnert daran, dass eine weitere Vorlage (Neugestaltung des bestehenden Dorfplatzes, Begegnungszone Curt Goetz-Strasse, Spielplatz Kindergarten Pestalozzi-Schulhaus) in Vorbereitung ist und dem Einwohnerrat im Winter vorgelegt wird. Es ist sinnvoll, nach der Annahme dieser Vorlage, anschliessend ein Nutzungskonzept auszuarbeiten.